Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 65 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3247. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Hoves). Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Nummer 4 | Dienstag, den 5. Januar 1937 | Jahrgang 1937

Eine Warnung an Moskau.

Scharfe italienische Stellungnahme gegen die Spanien-Pläne Sowjetrußlands.

Auswirkungen des Mittelmeer-Abkommens.

▲ **Rom**, 4. Januar.

Nach Veröffentlichung des Wortlauts der italienisch-englischen Mittelmeer-Erklärung wird das Gentleman-Agreement in der römischen Abendpresse vom Montag nochmals sehr eingehend besprochen. Dabei befassen sich die Leitartikel hauptsächlich mit der Bedeutung der Klauseln über den Status quo in bezug auf die sowjetrussischen Einflüsse und Absichten auf der Pyrenäen-Halbinsel.

Der Direktor des halbamtlichen „Giornale d'Italia" weist nochmals auf die grundlegende Bedeutung der allgemeinen Mittelmeer-Probleme für die Interessen der beiden Länder wie auch ganz Europas hin und betont, daß die Auslegung der knappen und klaren Worte der italienisch-englischen Erklärung in mühevollen diplomatischen Besprechungen bis ins Einzelne festgelegt wurde. Die Unantastbarkeit der im Mittelmeerraum bestehenden Staaten, Besitzungen und Interessen schaffe zugleich eine neue Garantie für alle Mittelmeerstaaten, die auch auf den Fall Spanien eine konkrete Anwendung finde. Eine Aenderung des bisherigen Besitzstandes Spaniens komme weder für Italien noch für England in Betracht. Von italienischer Seite werde Spanien nichts weggenommen. Litwino-Finkelstein, der das Gegenteil behaupten wolle, erfahre damit ein neues deutliches Dementi. Dagegen könne von den Vertretern jener umstürzlerischen Strömungen, die auf eine territoriale und politische Aufteilung Spaniens abzielten, um die angeblichen „Eroberungen" der marxistischen Revolution sicherzustellen, nicht die gleiche Erklärung in bezug auf die Unantastbarkeit Spaniens gegeben werden.

„Tribuna" und „Lavoro Fascista" nehmen in diesem Zusammenhang sehr bestimmt gegen die sowjetrussischen Pläne in Katalonien Stellung. Die Gefahr für den Status quo im Mittelmeer liege, so schreibt der Direktor der „Tribuna", ausschließlich in der widerrechtlichen Einmischung Sowjetrußlands in Spanien, für die weder wirtschaftliche noch geschichtliche Gründe angeführt werden könnten.

Wenn einmal die nationalen Truppen Francos Herren Spaniens geworden seien, würde sich zweifellos der ganze rote Widerstand in Katalonien zusammenballen, wo bereits der Ansatz für einen sowjetrussischen Staat unter der direkten Kontrolle Moskaus vorhanden sei. Obgleich die italienisch-englische Verständigung gegen keine andere Macht gerichtet sei, bilde sie doch eine Warnung, die an eine „ganz bestimmte Adresse" gerichtet sei. „Wer Ohren hat zu hören, der höre."

„Lavoro Fascista" weist mit Nachdruck darauf hin, daß die Achtung der nationalen Unversehrtheit Spaniens Italien ein erhöhtes Recht auf die von ihm immer vertretene Ansicht gebe, daß man nämlich verhindern müsse, daß zersetzende, von außen kommende Kräfte die Freiheit und Einheit Spaniens vergewaltigen. „Spanien, ganz Spanien, den wahren Söhnen Spaniens", das sei die Losung des faschistischen Italien, das also keinerlei Hintergedanken territorialer Art habe, aber der Festsetzung Moskaus in Spanien schärfsten Widerstand entgegensetzen werde.

Deutsche Gegenmaßnahmen gegen die roten Seeräuber.

Der rote spanische Dampfer „Marta Juguera" aufgebracht.

DNB **Berlin**, 4. Januar.

Der Kreuzer „Königsberg" hat am 3. Januar mittags den roten spanischen Dampfer „Marta Juquera" an der nordspanischen Küste aufgebracht.

★

Die Aufbringung des bolschewistischen spanischen Dampfers „Marta Juguera" hat keine andere Bedeutung als die eines Notwehrrufes gegen rote Willkürmaßnahmen und dient ausschließlich dem Schutz deutschen Eigentums, deutscher Staatsbürger und deutscher Hoheitsrechte, die von dem roten Freibeutertum auf hoher See mit herausfordernder Dreistigkeit angegriffen und verletzt wurden. Eine Großmacht wie das Deutsche Reich kann es sich niemals gefallen lassen, daß ihre Schiffe auf dem offenen Meer als schutzloses Freiwild roter Seeräuber behandelt werden. Wenn das rote Spanien solche völkerrechtswidrige Methoden anwenden zu können glaubt, so mußten die roten Machthaber damit rechnen, daß von deutscher Seite automatisch die entsprechenden Gegenmaßnahmen ausgelöst werden, die eine ehrbewußte Nation sich und ihrem Ansehen in der Welt schuldig ist, um die Auftraggeber der roten Seeräuber, die als „Regierung" getarnt, auch noch den lächerlichen Versuch machen, Protestnoten in die Welt zu schicken, zu den im internationalen Verkehr üblichen Umgangsformen zu zwingen. Wie begründet diese nationalen deutschen Schutzmaßnahmen sind, zeigt der neue bolschewistische Ueberfall auf den deutschen Handelsdampfer „Pluto", der von roten Fischdampfern auf offener See beschossen und zur Kursänderung gezwungen wurde. Wenn die roten spanischen Seeräuber sich künftig von den deutschen Schiffen fernhalten und die deutsche Forderung auf Rückgabe des auf dem deutschen Dampfer „Palos" beschlagnahmten deutschen Eigentums und auf Freigabe des gefangenen Passagiers erfüllen, dann wird Deutschland von weiteren Maßnahmen absehen und die aufgebrachten Schiffe freigeben. Die Frage liegt nahe, wie sich wohl England verhalten würde, wenn Schiffe seiner Handelsmarine von roten Piraten angehalten und in irgendeinen Hafen dirigiert würden. Die Geschichte der englischen Seeschiffahrt kennt zahlreiche, sehr eindeutige Beispiele für die Beantwortung dieser Frage. Gerade England hat es jederzeit verstanden, sich in solchen Fällen auf dem schnellsten Wege und mit den nachdrücklichsten Mitteln Genugtuung für die Verletzung seiner Hoheitsrechte zu verschaffen.



Taufe an Bord der „Schlesien".

Das als Schulschiff für Offiziersanwärter fahrende Linienschiff „Schlesien" befand sich an den Weihnachtstagen in Rio de Janeiro. Da kurz vor Weihnachten der der deutschen Botschaft in Brasilien zugeteilte Botschaftsrat Dr. Eberl glücklicher Vater von gesunden Zwillingen geworden war, fand am ersten Weihnachtsfeiertag im Anschluß an den Festgottesdienst auf dem Linienschiff „Schlesien" die feierliche Taufe der beiden jungen Deutschen statt, bei der als Taufpaten der deutsche Botschafter Dr. Schmidt-Elskop und Gattin sowie der Marine-Oberstabsarzt Dr. Ewers von der „Schlesien" fungierten. Von rechts nach links: Dr. Schmidt-Elskop und Gattin, die die Zwillinge auf dem Arm halten und der Marine-Oberstabsarzt Dr. Ewers während der Taufe an Bord der „Schlesien". Photo: Scherl.

Rom und London.

Von unserem römischen Korrespondenten.

L. E. **Rom**, 3. Januar.

Die Vorgeschichte des englisch-italienischen Mittelmeerabkommens umfaßt den Zeitpunkt fast eines Dreivierteljahres. Im März war des Negus letztes Heer vernichtet worden — **am 5.** Mai zog Badoglio in Addis Abeba ein. Bis dahin hatte es in Rom geheißen: So, wie die englisch-italienischen Beziehungen vor dem Abessinienkonflikt waren, werden sie schwerlich wieder sein können. Aber Mussolini ist Realpolitiker. Noch im Mai gewährt er einem Vertreter der „Daily Mail" eine Unterredung. „Eine englisch-italienische Annäherung," so sagt er, „ist nicht nur erwünscht, sondern notwendig, und was mich betrifft, so werde ich alles tun, damit wir dorthin gelangen.

Noch ist die Aussprache indirekt. In Mailand greift Mussolini den Faden wieder auf; er rollt das Mittelmeerproblem in seinen wesentlichen Begriffen auf. Das Echo aus London ist günstig. „Es ist gänzlich überflüssig," erklärt der englische Minister Lord Halifax, „darüber zu diskutieren, ob die englischen oder die italienischen Interessen im Mittelmeer größer sind." Und Eden bemerkt: „Unsere beiderseitigen Interessen ergänzten sich immer mehr, als daß sie auseinandergingen." Neues Interview Mussolinis an die „Daily Mail". Er spricht von einem gentlemen agreement: „Ich meine eine einfache und klare Form, die sowohl der Psychologie des faschistischen Italien wie der englischen Mentalität entspricht. Diese Formel zu finden, ist nicht schwer, es bedarf dazu nur einer neuen Atmosphäre." Diese neue Atmosphäre wird geschaffen durch das englisch-italienische Handelsabkommen, das die durch die Sanktionen unterbrochenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederherstellt. Der Lordmajor in der City gibt das nächste Stichwort: „Der neue Handelsvertrag erlaubt uns zu hoffen, daß allmählich die normalen Beziehungen zwischen uns und Italien wiederkehren werden." Sogleich klingt es aus Italien zurück: „Die Normalität der Beziehungen war immer gleichbedeutend mit Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitiger Verständigung." Etwas vorsichtiger: „Freilich wird man nicht voreilig sagen dürfen, daß solche Zusammenarbeit nicht klarer Definitionen bedürfte. Aber zwischen der Alternative, überhaupt jeder Aussprache aus dem Wege zu gehen oder in die Manie der Pakte zurückzuverfallen (die doch nur die Völker gegeneinander ausspielen), gibt es einen mittleren Weg, das gentlemen agreement." In dem jetzt am 2. Januar unterzeichneten Abkommen tauschen die beiden Regierungen wechselseitige „Versicherungen hinsichtlich des Mittelmeeres" aus. Es handelt sich dabei nicht so sehr um einen politischen Vertrag als um ein Instrument wiedergekehrten Vertrauens.

Das Abkommen vom 2. Januar ist denn auch kein weitschweifiges, technisches Gebilde, sondern stellt eine einfache Reihe von Darlegungen oder Aeußerungen dar, die zwar wohl überlegt, aber in wenigen einfachen Worten stilisiert sind. Die Vereinbarung bezeichnet, wie sich das halbamtliche „Giornale d'Italia" ausdrückt, eine „parallele Marschrichtung, die zur aktiven Zusammenarbeit im Mittelmeer führen kann." Es schafft eine Ausgangsbasis für diese Zusammenarbeit, ist aber nicht als ein Mittelmeer-Statut zu verstehen. Das Abkommen läßt Frankreich heraus, weil „noch viele Punkte der französischen Politik fundamental geklärt werden müssen; nicht minder jene Punkte, welche Spanien betreffen, das innerhalb des Mittelmeerproblems eine wesentliche Rolle spielt." Die Verständigung, die sich also zunächst im italienisch-englischen Zirkel hält, hat drei wesentliche Ziele: „den Frieden, die Besserung der Beziehungen und die Solidarität der beiderseitigen Interessen — verbunden mit dem Respekt für die berechtigten Ansprüche der anderen Mittelmeernationen."

Liest man die Vorgeschichte des Mittelmeerabkommens, so wie sie oben kurz aufgezeichnet worden ist, dann erscheint alles sehr einfach. Tatsächlich war es viel komplizierter. Immer wieder schob sich die Dynamik der Ereignisse dazwischen Im März hatte sich Deutschland seine volle Wehrhoheit wiedergenommen, indem es die Rheinlandzone wieder besetzte. Mit Genf mußte Italien, praktisch, brechen. Die spanische Frage tauchte auf. Vereinbarungen mit Deutschland wurden geschlossen, die gegenseitige Befragungen vorsahen, besonders auch hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens gegenüber den Wirren in Spanien. Es versteht sich von selbst, daß alle diese Dinge sehr stark auf die Vereinigung der englisch-italienischen Beziehungen einwirken mußten. Unstreitig aber hat die spanische Frage dabei die bedeutendste Rolle gespielt.

Das Auftauchen und die Entwicklung der spanischen Frage war in gewissem Sinne förderlich für Italien. So bedauerlich das Faktum an sich auch sein mochte, so sehr es geeignet war und noch ist, zwischen England und Italien zu Differenzen zu führen; andererseits hat es doch die Wichtigkeit Italiens im

Mittelmeer klar und deutlich herausgestellt. Nachdem die Mittelmeerfrage abermals und mehr noch als durch den abessinischen Konflikt aufgerührt war, mußte England mit dem Faktor Italien rechnen. Und zwar mit einem Italien, das nach einem siegreichen Kriege wohlgerüstet dastand und sich durch die römischen Protokolle und das Abkommen mit Berlin eine gute Position in Europa gesichert hatte. Es erneuerte sich die alte Erfahrung, daß die Lage eines Staates immer dann stark ist, wenn andere ihn nicht vernachlässigen können. In dem Sinne sind die Wirren in Spanien für Italien förderlich gewesen.

Ob nun das in Rom beschlossene englisch-italienische Abkommen, das zunächst als Instrument wiedergekehrten Vertrauens anzusehen ist, wirklich politische Aspekte eröffnet, das hängt ganz unmittelbar von der Weiterentwicklung der spanischen Frage ab. Im Grunde stehen die Dinge doch so, daß England die Entwicklung in Spanien laufen lassen will, Italien aber nicht. Italien will keine Bildung einer bolschewistischen Filiale in Spanien oder in Katalonien dulden, weil sonst das ohnehin durch den Dardanellenvertrag schon gestörte Gleichgewicht im Mittelmeer noch mehr erschüttert werden würde: Rußland im Osten und im Westen — Italien dazwischen. Das will ganz und garnicht heißen, daß Italien von vornherein sich in einem diamentralen Gegensatz zu England befunden hätte. Auch Italien war einmal, im wohlverstandenen Sinn, für das „Laufenlassen". Es ist in Italien gesagt worden, daß ein Regime Franco in Spanien nicht unbedingt ein Vorteil für Italien sein müsse — ein Regime Azana nicht unbedingt ein Nachteil für Italien. Es wurde auch ganz offen die Frage erörtert, ob Italien einen vollständigen Sieg einer der beiden Parteien in Spanien wünschen solle. Aber diese Stellungnahme beruhte natürlich auf der Voraussetzung, daß der Bürgerkrieg in Spanien wirklich eine innere Angelegenheit des Landes blieb, und daß sich in Spanien in jedem Falle eine nationalspanische Regierung durchsetzte. Italien hat immer eine Aktivierung der spanischen Außenpolitik, insonderheit seiner Mittelmeerpolitik, gewünscht, aber im nationalpolitischen Sinne. Heute, wo Moskau offenkundig einen ihm hörigen Staat in Spanien schaffen will, wo das unverhüllte Eingreifen Moskaus zutage getreten ist, kann Italien die Dinge nicht einfach weiterlaufen lassen. Die Nichteinmischung darf nicht das Spiel Moskaus begünstigen. Da in der spanischen Frage aber England einen lauen Standpunkt einnimmt, so steht hinter dem italienisch-englischen Mittelmeerabkommen, obwohl es als ein wesentlicher Beitrag zur Entspannung der Weltlage anzusehen ist, noch unmittelbar ein Fragezeichen. Seine Unterzeichnung wird das Verhandeln über den Gegenstand zwar erleichtern, aber Italien wird nicht von seinem Standpunkt weichen.

Das deutsch-italienische Verhältnis, die „Achse Rom-Berlin", wird durch das neue Abkommen nicht berührt. Alles, was zu einem Verständnis über die Probleme des Friedens und der Zusammenarbeit beiträgt, geschieht im Sinne der seinerzeit geschlossenen italienisch-deutschen Verständigung. So ist von italienischer Seite das Abkommen mit England gedacht. Es kann in dem Sinne auch von Deutschland begrüßt werden. Die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Italien und Deutschland bildet heute eine der Grundlagen der auswärtigen Politik Italiens und kann deshalb keinen Schwankungen unterliegen. Selbstverständlich, so sagte neulich das halbamtliche „Giornale d'Italia", soll das nicht heißen, daß die Vertikale Rom—Berlin sich in sich selbst erschöpft. Das Abkommen mit London wird in Rom gleichfalls als Beitrag zur Verständigung über die Probleme des Friedens betrachtet. In der spanischen Frage etwa Italien gegen Deutschland ausspielen zu wollen, ist zwecklos. Zwölf Stunden noch vor Unterzeichnung des Abkommens zwischen Italien und England hat dasselbe „Giornale d'Italia" festgestellt, daß Deutschland und Italien eine gemeinsame Linie in der spanischen Frage verfolgen, in der beide Länder das Hauptproblem für die Ordnung und den Frieden in Europa sehen.

Admiral Behncke †

DNB **Berlin,** 4. Januar.

In den Abendstunden des 4. Januar 1937 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit der frühere Chef der Marineleitung, Admiral Paul Behncke.

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine widmet dem verstorbenen Admiral folgenden Nachruf:

„Am 4. Januar verschied im 71. Lebensjahre Admiral Paul Behncke, Ritter des Ordens Pour le mérite.

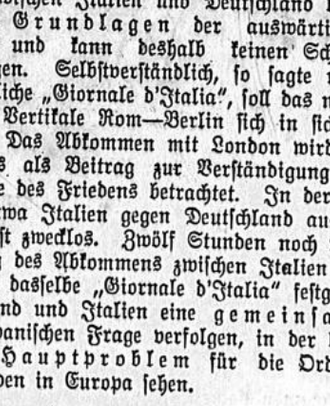


Photo: Archiv.

Mit ihm geht ein Führer von uns, der durch das Wesen und Wirken seiner klaren und lauteren Persönlichkeit seinen Namen in die Geschichte der Kriegsmarine eingetragen hat.

Vornehm im Denken, unbeirrbar im Zielerkennen und Zielsetzen, gradlinig und folgerichtig im Handeln, kühn im Wagen, steht der Mitarbeiter des Großadmirals von Tirpitz, der Führer des Spitzengeschwaders in der Skagerrakschlacht, der Seebefehlshaber bei der Eroberung der baltischen Inseln, der Mitschöpfer und Vorkämpfer der Reichsmarine vor unseren Augen.

In stolzer Trauer senkt die Kriegsmarine ihre Flaggen an der Bahre dieses Führers der Marine, dieses ritterlichen Seemannes und vorbildlichen Soldaten.

Raeder, Generaladmiral Dr. h. c.,
Oberbefehlshaber der Kriegsmarine."

★

Paul Behncke wurde am 13. August 1866 in Süsel bei Lübeck als Sohn eines Landwirts geboren. Am 16. April 1888 trat er in die Kaiserliche Marine ein. Nachdem er als Offizier auf verschiedenen Kriegsschiffen Dienst getan hatte, kam er 1895 zum Oberkommando der Marine in Berlin. 1897 wurde er zur Marineakademie in Kiel und 1900 ins Reichsmarineamt abkommandiert. Dann wurde er 1903 Kommandant des kleinen Kreuzers „Falke" in Ostasien. Nach abermaliger Verwendung im Reichsmarineamt wurde er zum Kapitän zur See befördert und war dann Kommandant der Linienschiffe „Wettin" und „Westfalen". Von 1911 bis 1914 war er Abteilungschef im Admiralstab.

Bei Kriegsausbruch wurde er als Kontreadmiral zum stellvertretenden Chef des Marinestabes in Berlin ernannt. 1915 übernahm er die Führung des 3. Geschwaders, bestehend aus den acht neuesten Großkampfschiffen der damaligen Flotte. Als Chef dieses Geschwaders nahm er an der Seeschlacht vor dem Skagerrak teil, wobei er, außerhalb des Kommandostandes stehend, durch eine feindliche Granate schwer verwundet wurde. Er führte während dieser Schlacht zeitweilig das ganze Gros. Als Vizeadmiral nahm er an der Eroberung der baltischen Inseln im Herbst 1917 teil. Sein überraschend schnelles Eintreffen im Moonsund verhinderte das Entweichen der russischen Flotte, wodurch das russische Linienschiff „Stawa" vernichtet wurde. Diese Leistung Behnckes wurde durch die Verleihung des Pour le mérite ausgezeichnet.

Nachdem Behncke im September 1918, nach Rücktritt des Admirals Capelle, an der Spitze des Reichsmarineamtes gestanden und dann mit Ausbruch der Revolution seinen Abschied genommen hatte, folgte er im September 1920 dem Rufe der Regierung, der an ihn nach Ausscheiden des ersten Chefs der Nachkriegsmarine, Vizeadmiral v. Trotha, erging, und übernahm abermals von 1920 bis 1924 die Marineleitung. Bei seinem Ausscheiden am 15. 9. 1924 wurde Vizeadmiral Zenker sein Nachfolger als Chef der Marineleitung.

Admiral Behncke übernahm später die Leitung der Deutsch-Japanischen Gesellschaft und erwarb sich hierbei große Verdienste um die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan. Als Anerkennung für seine Tätigkeit auf diesem Gebiete wurde ihm am 8. Mai 1936 vom Kaiser von Japan der Orden der aufgehenden Sonne 1. Klasse verliehen, eine Ehrung, die sehr selten Nichtjapanern zuteil wird.

Der Admiral hat wegen seines lauteren Charakters in ganz Deutschland hohe Wertschätzung und Verehrung genossen. Sein Tod reißt wiederum eine Lücke in die Zahl der Männer, die im Weltkriege Großes für ihr Vaterland geleistet und in der Nachkriegszeit ungebrochen am Wiederaufbau der deutschen Wehrgeltung gearbeitet haben.

Frankreich in peinlicher Lage.

Die Wirkung des englisch-italienischen Abkommens.

Zwiespältige Gefühle.

(!) **Paris,** 4. Januar.

Die Pariser Blätter werten allgemein das englisch-italienische Abkommen als einen Beitrag für die allgemeine Befriedung in Europa und besonders im Mittelmeerbecken. Andererseits macht man aber, vor allem in der Rechtspresse, kein Hehl daraus, wie enttäuscht man darüber ist, daß England und Italien ein Abkommen geschlossen haben, ohne sich überhaupt um Frankreich zu kümmern. Diese Stimmung wird noch unterstrichen durch Meldungen aus Rom, in denen es heißt, daß man dort unter keinen Umständen wünsche, daß Frankreich mit in das Abkommen einbezogen werde. Eine wirkliche Enttäuschung, die man zu vertuschen sucht, ist die Erklärung der zuständigen italienischen Stellen, daß das Abkommen in keiner Weise die Beziehungen Roms zu Berlin ändere.

Der Außenpolitiker des „Journal" erklärt, man müsse sich fragen, welche Rolle Frankreich in der ganzen Angelegenheit spiele. Wenn es nicht dabei übervorteilt werden solle, müsse es sofort eine Neuorientierung seiner Politik vornehmen.

Das „Echo de Paris" erkennt dem Abkommen einen vor allem psychologischen Wert zu. Englischer- und französischerseits habe man den Duce überzeugen wollen, daß er seiner Politik eine andere Grundlage geben könnte als die Freundschaft Adolf Hitlers. (!!) Trotzdem trage das faschistische Italien sein enges Einvernehmen mit Deutschland zur Schau.

Das „Petit Journal" hebt die Bedeutung Frankreichs als Mittelmeermacht hervor und erklärt, ein Mittelmeer-Abkommen ohne Frankreich sei unvollständig.

Die radikalsozialistische „Republique" erklärt, Frankreich hätte das englisch-italienische Abkommen nur begrüßt, wenn es nicht mit Bedauern feststellen müßte, daß England Frankreich bei der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Italien zuvorgekommen sei. Frankreich habe zu lange gewartet, ehe es sich auf den Boden der Tatsachen stellte.

Das „Journal des Debats" weist daraufhin, daß es für eine Annäherung Frankreichs an Italien zunächst erforderlich sei, daß sich die französische Regierung der Vormundschaft der Kommunisten und der Moskauer Agenten entziehe. Die Italiener würden keinen bolschewistischen oder anarchistischen Staat in Spanien dulden und sie hätten ganz recht. Auch England stehe jetzt einer solchen Ausbreitung des Bolschewismus feindlich gegenüber. Solange die französische Außenpolitik unter dem Einfluß der Marxisten und Kommunisten stehe, werde sie wie bisher verschwommen und wenig zielbewußt sein. Innen- und Außenpolitik hängen eng zusammen. Solange keine Ordnung im Innern des Landes herrsche, werde auch keine gute Diplomatie möglich sein.

Die Spanienfrage als Hindernis.

▲ **Rom,** 3. Januar.

In Bezug auf die Möglichkeit einer italienisch-französischen Annäherung meint der Pariser Korrespondent des „Popolo di Roma", daß die Hindernisse, die es zu überwinden gelte, doch nicht reine Prestigefragen sind. Die Gegensätze zwischen Italien und Frankreich seien auf Grund der verschiedenen Einstellung zur Spanienfrage doch größer. Solange Frankreichs Stellung in dieser Frage auf einer Zweideutigkeit beruhe, sei es schwer, das Mißverständnis zwischen Rom und Paris auszuschalten.

Man dürfe nicht vergessen, daß eines der hauptsächlichsten Elemente für das Zustandekommen des Mittelmeerabkommens das gute Einvernehmen der englischen und der italienischen Regierung in der Spanienfrage gewesen sei. Mit Frankreich dagegen bestehe eine solche Identität der Anschauungen nicht. Was man aber schon heute sagen könne, sei, daß es vom Tage an, wo London und Rom in Spanien eine gemeinsame Politik hätten, Frankreich schwer sein dürfte, seine Außenseiterposition beizubehalten.

Auf das falsche Pferd gesetzt.

Die britische Spanienpolitik.

£ **London,** 4. Januar.

Im „Observer" weist Garvin darauf hin, daß die gegenwärtige britische Politik gegenüber Spanien starke Gefahren in sich berge, weil England auf das falsche Pferd setze. Die schwierige Lage in Spanien führe dazu, daß alle jene Elemente in England ermutigt würden, die aus einer merkwürdigen Mischung von Gründen in ihrem Herzen den Triumph den internationalen Roten wünschten. Der Vormarsch der Nationalisten auf Madrid sei durch die Verteidigung dieser Stadt, die in großem Umfange mit sowjetrussischer Ausrüstung und französischer Hilfe erfolge, unterbrochen worden. Die Parteigänger sogenannter Volksfronten glaubten, aus dem gegenwärtigen Stillstand vor Madrid die Niederlage der Nationalisten in Spanien vorauszusehen. Sie glaubten ferner, daß so etwas wie eine fortschrittliche Linke in Spanien herauskommen werde und daß das Land schließlich nicht durch eine kommunistisch-anarchistische Allianz beherrscht werde.

Demgegenüber sei festzustellen, was sich auch immer ereigne, die verbündeten Roten könnten niemals gewinnen.

In Valencia sei der wahre Herr der Kamarilla, die sich „Regierung" nenne, Moses Rosenberg, der Sowjetbotschafter. Diese Tatsache sei aktenkundig.

Die Extremisten seien eine Mischung widerspruchsvoller Minderheiten, die sich zusammengetan hätten, um zu zerstören und Widerstand zu leisten. Falls sie gewinnen, würden sie sich bald gegenseitig den Hals abschneiden. Eine bittere Fehde würde zwischen den Anarchisten und Kommunisten ausbrechen, die wieder in Stalinsche und Trotzkisten gespalten seien. Die Kamarilla von Valencia sei unfähig, ein konstruktives Regime zu schaffen. In Spanien werde es nur ein nationales Spanien oder gar kein Spanien geben.

Britische Konservative, die sich — Gott sei's geklagt — weigerten, das zu sehen, seien vom internationalen Kommunismus getäuscht, oder seien dessen Werkzeuge.

Diese politische Beurteilung werde auch durch die militärische Lage gestützt. In Dreivierteln Spaniens hätten die Nationalisten die Initiative, ihre Aussichten würden sich bessern, wenn das Wetter milder werde. Zwar sei die Aufgabe für die Nationalisten nicht leicht, aber sie würden ein nationales Spanien wieder herstellen.

Die fremde Einmischung in Spanien habe von Seiten der Sowjetmacht und der Komintern begonnen. Die üble Vorzeichen aufweisende Regierung Blum in Frankreich, die mit Händen und Füßen an Sowjetrußland gebunden sei, sei diesem Vorgehen gefolgt.

Wenn England sich mit Paris in dieser Angelegenheit verbinde, so schiene das nichts weniger denn eine Verrücktheit für die britische Politik zu sein; es sei auch sehr unklug. Eine solche Politik gehe gegen die fundamentalen Interessen des britischen Reiches und gegen den allgemeinen Frieden.

Seit Jahren habe der Kommunismus systematisch für seinen Triumph in Spanien gearbeitet. Die Komintern habe gehofft, aus Spanien eine Filiale zu machen. Das und nichts anderes sei der Beginn der internationalen Schwierigkeiten gewesen. Als diese Hoffnung gefährdet schien, habe Moskau Waffen und Munition für die Roten entsandt. Die Blum-Regierung habe ebenso sehr das Nichteinmischungsabkommen verletzt. Mit amtlicher Kenntnis von Paris seien die Roten mit französischen Flugzeugen, französischer Munition und über 10 000 französischen Freiwilligen unterstützt worden. Wenn die britische Politik, so schließt Garvin, ihre Verpflichtungen so sehr überschreite, daß sie bei jeder kritischen Gelegenheit mit Frankreich und Sowjetrußland zusammengehe, dann gebe es keine Hoffnung mehr für einen allgemeinen Frieden in der Welt.

20000 Gewehre aus Holland

für die spanischen Bolschewisten.

(!) **Paris,** 4. Januar.

„Echo de Paris" meldet, daß eine Sendung von nicht weniger als 20 000 Gewehren für die spanischen Bolschewisten aus Rotterdam und Amsterdam über die französisch-spanische Grenze befördert worden ist.

Eine neue Erklärung des Prinzen Lippe zu Biesterfeld.

Der Streitfall erledigt.

DNB **Den Haag,** 5. Januar.

Der Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros in den Niederlanden hatte am Montag eine Unterredung mit dem Prinzen Bernhard zu Lippe-Biesterfeld, in deren Verlauf der Prinz folgende Mitteilung machte:

Was den sogenannten Flaggenzwischenfall gelegentlich des deutsch-holländischen Fußballwettspiels im Haag am 23. Dezember 1936 anbelange, bei dem im übrigen der Prinz persönlich überhaupt nicht anwesend war, erklärte er, es sei für ihn selbstverständlich, daß er als gebürtiger Deutscher es niemals gutheißen werde, daß die Hoheitszeichen des Deutschen Reiches in irgendeiner Form herabgemindert, bezw. das deutsche Nationalgefühl verletzt werde. Im übrigen verurteile er alles, was die guten freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Holland und Deutschland in irgendeiner Weise trüben könnte.

Der Prinz fuhr dann wörtlich wie folgt fort: „Da ich in der letzten Zeit wiederholt den Eindruck bekommen habe, daß das Spielen des alten Soldatenliedes Lippe-Detmold zu irrtümlichen Auffassungen sowohl in der deutschen wie auch in der holländischen Oeffentlichkeit geführt hat, habe ich gleich nach Bekanntwerden des oben genannten Zwischenfalles mein Büro gebeten, dafür zu sorgen, daß in Zukunft niemals in meiner Gegenwart das Lippe-Detmold-Lied gespielt werde, damit unter keinen Umständen irgendwie die Vermutung aufkommen könnte, als ob ich dieses Lied als Ersatz für die deutschen Nationalhymnen betrachte."

Bei der Uebermittlung des oben erwähnten Wunsches sei eine im übrigen nicht von ihm gewünschte Form gewählt worden, die bedauerlicherweise zu Unterstellungen geführt habe, durch die der Prinz selbst aufs tiefste betroffen sei. Er hänge mit Liebe an seinem alten Vaterlande, dem er so viel zu danken habe.

Selbstverständlich bringe sein neues Amt in Holland, mit dem er gleichzeitig niederländischer Staatsangehöriger geworden sei, für ihn die eindeutige Verpflichtung mit sich, der Königin und dem holländischen Volke in voller Loyalität zu dienen und dies sei sein selbstverständlicher fester Wille. Jede Verbesserung der Beziehungen zwischen seinem neuen Vaterland, dem er durch das Gefühl des Herzens und durch den der Königin und damit dem ganzen holländischen Volk geleisteten Eid angehöre, und seinem alten deutschen Vaterland liege ihm, wie es ihm jeder gute Holländer und jeder gute Deutsche nachempfinden müsse, sehr am Herzen".

★

Damit ist dieser Streitfall zur Zufriedenheit und Genugtuung, wie wir hoffen, für beide Seiten erledigt.

Noch ein Gewaltakt gegen einen deutschen Dampfer.

DNB **Berlin,** 4. Januar.

Nach am Sonntag eingegangenen Nachrichten ist eine weitere flagrante Verletzung deutschen Hoheitsrechtes durch rote spanische Bewachungsfahrzeuge an der spanischen Nordküste festgestellt worden.

Der Kapitän des Dampfers „Pluto" meldet, daß das Schiff am 20. Dezember 21 Seemeilen nördlich von Bilbao von zwei großen roten Fischdampfern durch Beschießung angehalten worden ist und zwei Stunden zur Kursänderung auf Bilbao gezwungen wurde.

Hieraus geht hervor, daß die roten Machthaber in Spanien schon seit längerer Zeit ihren Seestreitkräften Weisung erteilt haben, gegen deutsche Handelsschiffe vorzugehen und zwar offenbar auch dann, wenn sie sich weit außerhalb der spanischen Hoheitsgewässer befinden. Dies bestätigt ferner, daß der deutsche Dampfer „Palos" gleichfalls weit außerhalb der spanischen Hoheitsgrenze aufgebracht worden ist, was von den roten Machthabern bekanntlich abgeleugnet wird.

Sowjetrussischer Dampfer aufgebracht

£ **London,** 4. Januar.

Wie Reuter aus Gibraltar berichtet, ist der sowjetrussische Dampfer „Komileß" von Fischkuttern der Regierung Franco in der Straße von Gibraltar angehalten und nach Ceuta gebracht worden.

Das Schiff hatte 3400 Tonnen Kriegsmaterial für die rote „Regierung" in Valencia geladen.

Die Nankinger Zentralregierung hat beschlossen, Tschanghsueliang, der von einem Sonderkriegsgericht zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war, zu begnadigen.

Riesenstreik in der amerikanischen Autoindustrie

Von General-Motors bisher 19 Betriebe stillgelegt.

$ **Newyork,** 4. Januar.

Eine der größten Streikbewegungen, die es in Amerika je gegeben hat, hat ihren Anfang genommen. Von dem Streik in der Autoindustrie, der einen der Großbetriebe nach dem anderen zum Stillstand verurteilt, wird rund eine Million Arbeiter direkt und indirekt ergriffen werden. General-Motors, deren 69 Betriebe mit 275 000 Arbeitern in dieser Woche restlos stillgelegt werden sollen, zeigen schon an, daß sie sämtliche Aufträge an Gummifabriken, Glasfabriken, Werkzeugfabriken usw. annulliert haben. Bisher sind 19 Werke der General-Motors stillgelegt, wodurch über 38 000 Mann arbeitslos geworden sind. Aus Detroit wird von privater Seite mitgeteilt, daß die Ford-Betriebe den Plan ins Auge fassen, ihre Arbeiter auszusperren als Protest gegen die Forderungen der Gewerkschaften.

Von den Gewerkschaften wurden dem Direktor von General Motors, Alfred P. Sloan jr., sieben Forderungen in ultimativer Form überreicht, deren Gesamtannahme allein den Generalstreik verhindern könne. Unter den sieben Forderungen befinden sich nicht nur die Einführung des sechsstündigen Arbeitstages und der fünftägigen dreißigstündigen Arbeitswoche, die Festsetzung von Mindestlöhnen und die Anerkennung der Gewerkschaften, sondern auch die Abschaffung der Akkordarbeit und die Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften entlassen wurden.

Der Vize-Präsident der General-Motors-Werke, William Knudsen, erklärte, im Falle der Fortdauer der gegenwärtigen Streiklage würden in den verschiedenen Fabriken der Gesellschaft Ende dieser Woche nicht weniger als 135 000 Angestellte arbeitslos. Eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern aus den verschiedenen Fabriken der General-Motors-Werke, die in Flint (Michigan) abgehalten wurde, beschloß, das Vorgehen der Gewerkschaftsleitung gutzuheißen und selbst einen Generalstreik zu unterstützen. Es wurde ein sogenannter „Strategie-Ausschuß" gebildet, der die weiteren Streikparolen beschließen soll.

Wenn nicht in den nächsten Tagen eine Lösung erfolgt, werden sich sowohl die beiden Parlamente als auch Präsident Roosevelt mit der Streiklage in der Autoindustrie beschäftigen. Der Kongreß wird aufgefordert werden, sich sofort mit dem Streik zu befassen, da die ernste Lage alle anderen Verwaltungsprobleme überschatte.

In Verbindung mit dem Ausstand erfolgen am Montag die ersten Unruhen. Bei einem Zusammenstoß zwischen Streikposten und Polizeibeamten vor den geschlossenen Toren der Fisher-Karosseriewerke in Cleveland wurden ein Polizist und zwei Streikteilnehmer verletzt.